

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Alfons Pawelczyk, Hamburger Innensenator, beschreibt den Hamburger Weg zu mehr Vertrauen zwischen Bürger und Polizei. Seite 1

Peter Glotz MdB, SPD-Bundesgeschäftsführer, bewertet den Streit in der Regierungskoalition über die Raketen. Seite 3

Karsten Voigt MdB, Obmann der Sozialdemokraten im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, über Genschers Ausflug in die Welt der Stationierungs-Kompro-
missa. Seite 4

Wolfgang Clement, Sprecher des SPD-Vorstandes, läßt Verlierer und Gewinner des CSU-Parteitages Revue passieren. Seite 7

Karl-Heinz Hiersemann MdL fordert eine Reform des G 10-Gesetzes in Bayern. Seite 9

38. Jahrgang / 135

19. Juli 1983

Gegen die Anheizer eines "heißen Herbstes"

Wir Hamburger setzen auf Vertrauen zwischen Bürger und Polizei

Von Alfons Pawelczyk
Hamburger Innensenator

Die Diskussion darüber, was im Oktober zu erwarten ist, spitzt sich zu und wird zugespitzt. Ich beobachte mit Sorge, daß sich zwei Tendenzen gegenseitig hochschaukeln. Einmal wird so häufig und so nachdrücklich von zu erwartenden Gewalttaten gesprochen, daß die, die zur Anwendung von Gewalt bereit sind, unter einen regelrechten Erwartungsdruck gegenüber ihrer Szene geraten können.

Die andere Tendenz - und dazu muß man das Bundesinnenministerium rechnen - erhofft aus der Zuspitzung der Diskussion Unterstützung für mehr Repression, wie zum Beispiel für die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechtes. Es ist unverantwortlich, daß das Bundesinnenministerium dabei Informationen nur selektiv weitergibt. Es veröffentlicht zwar Beobachtungen über Vorbereitungen zu Gewalttaten, verschweigt aber die ungleich größeren Bemühungen um friedliche Aktionen. Bei diesem Vorgehen droht Schaden für Institutionen, die unparteiisch den inneren Frieden in der Demokratie zu schützen haben, für Staats- und Verfassungsschutz wie für die Polizei.

Wenn man die Dinge mit Gelassenheit sieht, wie der Bundesverteidigungsminister es vor kurzem empfahl, so kann man jedenfalls für Hamburg sagen, daß sich zur Zeit nichts abzeichnet, was auf größere Ausschreitungen hindeutet.

Man muß respektieren, daß viele Bürger angesichts der Gefahren eines Rüstungswettlaufs im Bereich nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa Angst empfinden und ihre Meinung öffentlich kundtun. Dies darf kein Grund für den Staat sein, an der Schraube der Eskalation zu drehen.



Solche Forderungen sind im Zusammenhang mit den Aktionen vor der Hamburger Boehn-Kaserne am 19. Juni gestellt worden.

Nach meiner Auffassung war es ein Beweis von Selbstbewußtsein und nicht von Schwäche, daß der örtlich zuständige Kommandeur der Bundeswehr mir mitteilte, die Bundeswehr hätte ihrerseits Maßnahmen getroffen, die eine Behinderung der Truppe weitgehend ausschließen würden und die gleichzeitig ein Beitrag dafür wären, daß wie er sich ausdrückte, "auf der Leiter der Eskalation keine Sprosse nach oben gestiegen würde."

Auch ich meine, der Staat muß nicht ausprobieren, worauf engagierte Kritiker es ankommen lassen wollen, solange er ihren Protest hinnehmen kann.

Zum geeigneten Zeitpunkt wurde den Demonstranten auf meine Anordnung mitgeteilt, von wann an strafrechtliche Konsequenzen für sie unausweichlich wären. Die Demonstranten entschlossen sich, ihre Aktion vorher abzubrechen.

Ich halte diesen Weg, nämlich daß der Staat, wo immer es rechtlich möglich ist, Maßnahmen ergreift, die Zuspitzungen von Situationen vermeiden für den einzig richtigen, weil auf diese Weise Solidarierungen mit Gewalttätern vermieden werden.

In Hamburg sind wir diesen Weg bisher mit Erfolg gegangen. Nehmen wir zum Beispiel das Demonstrationsgeschehen. In Hamburg fanden im Jahre 1982 836 Demonstrationen statt. Lediglich am Rande von elf von ihnen kam es zu Gewalttätigkeiten. Von diesem erfolgreichen Konzept werden wir nicht abweichen. Seit Jahren gehört die innere Sicherheit im Hamburger Staatshaushalt zu den Prioritätsbereichen. Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern wird zum Beispiel die Zahl der Polizeibeamten auch 1984 wiederum erhöht.

Die Beschlüsse des Senats haben dafür gesorgt, daß Hamburg eine ausreichende Zahl an Polizeibeamten zur Verfügung hat, die gut ausgebildet und imstande sind, jederzeit differenziert zu handeln. Wir haben seit Jahren Gesetzesverschärfungen und härtere Waffen für die Polizei abgelehnt, sind aber gleichzeitig konsequent und wenn nötig mit gebotener Härte gegen Gewaltausschreitungen vorgegangen. Die Hamburger Bürger können sich darauf verlassen, daß das Gewaltmonopol nur beim Staat liegt. Das haben wir zum Beispiel damit bewiesen, daß Hausbesetzungen von Anfang an nicht hingenommen wurden. Genauso werden wir auch Blockaden nicht zulassen. Die Hamburger können ihrer Polizei vertrauen. Sie hat gezeigt, daß sie allen Situationen gewachsen ist.

Es ist unser Konzept, das Vertrauen zwischen Bürger und Polizei dadurch zu stärken, daß

- die Polizei noch bürgernäher und für den Bürger noch ansprechbarer wird,
- durch organisatorische Verbesserungen und gezielte Maßnahmen die Polizei Verbrechen und auch organisierte Kriminalität noch wirksamer bekämpfen kann,
- eine gut ausgebildete Bereitschaftspolizei zur Verhinderung gewaltsamer Ausschreitungen jederzeit zur Verfügung steht.

Es kommt heute, wo sich die sozialpolitischen und innenpolitischen Kontroversen zuspitzen drohen, darauf an, daß es im Verhältnis zwischen Bürger und Polizei nicht zu Spannungen kommt, die auf das innere Gefüge unserer Demokratie durchschlagen und den Grundkonsens auflösen. Die Weimarer Zeit ist für uns immer noch ein warnendes Beispiel. Es darf auch kein Freund-Feind-Verhältnis zwischen denen entstehen, die ihre Kritik radikal vorbringen, und denen, die für die innere Sicherheit zuständig sind. Es ist heute notwendiger denn je, mit Gelassenheit, Differenzierungsvermögen und Berechenbarkeit Vertrauen zu erzeugen.

Das ist unser Konzept.

(-/19.7.1983/ks/ru)

+ + +



Eine neue Bruchlinie der Regierung:

Jetzt geht der Streit los um die Raketen

Von Peter Glotz MdB
SPD-Bundesgeschäftsführer

Nach der Auseinandersetzung über Demonstrationsrecht fällt die konservativ-liberale Koalition nun auch in der Raketenfrage auseinander. Die eifertige Dementierung des Außenministers durch den Regierungssprecher zeigt: In der Bundesregierung gibt es Widerspiegelungen der Fraktionskämpfe in der amerikanischen Administration. Es zeigt sich deutlich: Diese Regierung ist ohne eigene Impulse - ein Feld von Eisenfeilspänen, die den amerikanischen Magneten folgen.

Dabei scheint in der Raketenfrage der Konflikt nicht säuberlich nach den Grenzen zwischen FDP und CDU/CSU zu erfolgen; der Verteidigungsminister sieht offensichtlich ebenso wie Genscher, wie sehr eine Lösung in Genf im deutschen Interesse läge. Aber kaum streckt einer den Kopf heraus, schlägt die Gegenfraktion unerbittlich zu. Unter massiver Schützenhilfe des Hauses Springer (das schon von einer "Genscher/Bahr-Seelenachse" spricht) trumphen die Todenhöfers für die Pershing auf und erklären mit Caspar Weinberger den Waffenmix für "unersetzlich".

Das bemerkenswerte aber ist, daß der Regierungssprecher es nun zum zweiten Mal für notwendig hält, Überlegungen in die Richtung des Nitze/Kwizinski-Vorschlages sofort öffentlich totzutreten. Dies zeigt, wie stark diejenigen in der Bundesregierung sind, die die Bundesrepublik ganz und gar auf die Satellitenrolle reduzieren möchten.

Für die SPD ist durch die Besuche von Horst Ehmke in Washington und Egon Bahr in Moskau deutlich geworden, daß eine letzte kleine Chance für ein Genfer Verhandlungsergebnis besteht. Es ist tief bedauerlich, daß eine Gruppierung innerhalb der Bundesregierung dies nicht als Chance, sondern als Gefahr begreift und dem eigenen Außenminister in den Rücken fällt. (-/19.7.1983/ks/va)

+ + +



Genscher täuscht die Öffentlichkeit

Seine Hinwendung zum "Waldspaziergang" wurde flugs dementiert

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die immer schärfer werdenden Auseinandersetzungen zwischen den Unionsparteien und der SPD über die Genfer Verhandlungen und den NATO-Doppelbeschluß beweist: Dieser Beschluß kann für unterschiedliche - ja, gegensätzlicher politische Konzeptionen genutzt werden. Die SPD hält nach wie vor an ihren Beschlüssen zum NATO-Doppelbeschluß fest. Aber sie wendet sich gegen eine konservative Politik in der Bundesrepublik und in den USA, die diesen Beschluß im Widerspruch zu den ursprünglich damit verbundenen Absichten instrumentalisiert.

Es gibt seit 1979 konservative Politiker und Militärs, die die Stationierung von Pershing II-Raketen und Cruise Missiles für militärisch unverzichtbar halten. Sie stimmen dem rüstungskontrollpolitischen Teil des NATO-Doppelbeschlusses nur zu, weil sie hoffen, so die Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen innenpolitisch leichter durchsetzen zu können. Zu dieser "Nachrüstungsschule" gehörten nicht nur Franz-Josef Strauß, sondern auch der heutige christdemokratische Verteidigungsminister Manfred Wörner. Er sprach bereits 1979 davon, daß man erst nachrüsten und dann erst verhandeln sollte. Erst vor wenigen Tagen sprach der jetzige Staatsminister im Bundeskanzleramt, Jenninger, vom "Unfug wie den NATO-Doppelbeschluß", weil dieser Beschluß die Ausrüstung von Verhandlungsergebnissen abhängig macht. (Laut "Spiegel" vom 11. Juli 1983).

Auf der anderen Seite gab es sozialdemokratische und liberale Politiker und Militärs in den USA und in der Bundesrepublik, die die Nachrüstung zwar für eine der möglichen Reaktionen auf die sowjetische SS 20 Rüstung hielten, die aber trotzdem zweifelten, ob landgestützte Raketen und der Waffenmix von Pershing II und Cruise Missiles politisch sinnvoll sei. Sie zweifelten auch, ob die Nachrüstung angesichts der vorhandenen nuklearen Abschreckungsfähigkeiten des Westens wirklich militärisch zwingend erforderlich sei. Sie stimmten dem verteidigungspolitischen Teil des NATO-Doppelbeschlusses vor allem deshalb zu, weil sie auf der Grundlage des Doppelbeschlusses die Sowjetunion und die USA zu ernsthaften Verhandlungen zum Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen zu bewegen hofften. Sie wollten Präsident Carter bei der Ratifizierung des SALT-II-Vertrages unterstützen und nach dem Neutronenwaffen-Debakel die Handlungsfähigkeit des westlichen Bündnisses demonstrieren.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich 1979 wenige Tage vor der entscheidenden NATO-Ratssitzung auf einem Parteitag in Berlin ausdrücklich zum politischen Vorrang der Rüstungskontrolle bekannt. Sie hat bereits damals und seitdem immer wieder jeden Automatismus bei der Stationierung abgelehnt.

Bereits im Januar 1980 habe ich in einer Analyse des Berliner Parteitages in der "Neuen Gesellschaft" geschrieben: "Wenn der Wille zu Verhandlungen ernst gemeint ist, dann kann daher die Dezember-Entscheidung der NATO der Sache nach nur noch eine vorläufige grundsätzliche Entscheidung über die Stationierung sein. Ob und wieviel Mittelstreckenwaffen tatsächlich stationiert werden sollen, kann abschließend erst entschieden werden, wenn die NATO die Ergebnisse von Verhandlungen vor Beginn der tatsächlichen Stationierung bewertet. Deshalb ist auch dann erst ein endgültiger Beschluß über die Stationierung möglich. Diese erneute Anschlußfassung ist aber auch erforderlich, wenn



wir mit unserer Aussage, wir wollten keinen Automatismus, ernst genommen werden wollen. In diesem Sinn hat die SPD seit 1979 auf ihren Parteitage immer wieder mit Zustimmung Helmut Schmidts Beschlüsse gefaßt und jetzt in den letzten Wochen erneut Anträge im Bundestag zur Abstimmung gestellt, die an der Mehrheit der Koalitionsparteien scheiterten.

Der NATO-Doppelbeschluß fand 1979 nur deshalb eine ausreichende Mehrheit in den Mitgliedsstaaten der NATO, weil er in ein entspannungspolitisches Konzept, das auf den Harmel-Report von 1967 beruhte, eingebettet war. Seitdem dieses entspannungspolitische Konzept des westlichen Bündnisses in Frage gestellt wird, wird in der SPD kritisch gefragt, ob nicht so die politischen Grundlagen des NATO-Doppelbeschlusses verändert wurde.

Der NATO-Doppelbeschluß beruhte auf bestimmten Annahmen, die sich später zum Teil als unrichtig erwiesen haben. So hat die Sowjetunion inzwischen mehr SS 20-Raketen aufgestellt, als es die NATO damals vermutete. Andererseits ist der SALT-II-Vertrag, dessen Ratifizierung beim NATO-Doppelbeschluß vorausgesetzt wurde, an den USA gescheitert.

Diejenigen, die heute eine regere Verknüpfung der Genfer INF-Verhandlungen mit den Genfer START-Verhandlungen fordern, knüpfen damit an rüstungskontrollpolitische Überlegungen an, die bereits zum Zeitpunkt des NATO-Rats-Beschlusses von 1979 bestanden. Eine inhaltliche Verknüpfung der Genfer INF-Verhandlungen mit den Genfer START-Verhandlungen könnte im Übrigen auch eine direkte oder indirekte Berücksichtigung oder Kompensation der britischen und französischen Systeme erleichtern. Schon aus diesem Grunde begrüßt die SPD im Gegensatz zu den Koalitionsparteien den diesen Ziele entsprechenden Abschnitt der "Freeze"-Resolution des US-Kongresses.

Die graue Zone, von der Helmut Schmidt 1977 in seiner Londoner Rede sprach, bezog sich nicht nur auf das Problem landgestützter Mittelstreckenwaffen. Er meinte damit alle nuklearen Waffensysteme, die bis dahin nicht von den Genfer SALT-Verhandlungen und den Wiener MBFR-Verhandlungen abgedeckt waren. Der westliche Verhandlungsansatz bei den Genfer INF-Verhandlungen ist deshalb heute wesentlich enger gefaßt, als Helmut Schmidt es 1977 intendierte.

Die Genfer INF-Verhandlungen haben erst zwei Jahre später begonnen, als wir es 1979 erhofften. Aus der Tatsache des relativ späten Verhandlungsbeginns und der Analyse des bisherigen Verhandlungsverlaufs ergibt sich die Überlegung, falls die Genfer Verhandlungen bis zum Herbst dieses Jahres zu keinen Vereinbarungen geführt haben, dann die Fortführung der Verhandlungen zu beschließen ohne mit der Stationierung zu beginnen.

Der politische Vorrang für die Rüstungskontrolle steht im engen Zusammenhang mit der Bewertung des verteidigungspolitischen Teils des NATO-Doppelbeschlusses.

Das annähernde Gleichgewicht im Bereich der nuklearstrategischen Waffensysteme hat die Abschreckungswirkung dieser Waffensysteme als Ausgleich für regionale Ungleichgewichte im Bereich der Nuklearwaffen verringert, aber nicht gänzlich neutralisiert.

Es ist völlig eindeutig, daß die Sowjetunion im Bereich der landgestützten Mittelstreckenwaffen überlegen ist. Ob sie diese Überlegenheit erfolgreich zur politischen Einschüchterung oder Erpressung nutzen könnte, halte ich für fragwürdig. Einerseits besteht nach wie vor eine gewisse Abschreckungswirkung der strategischen Nuklearwaffen auch gegen eine regionale Bedrohung durch Nuklearwaffen. Andererseits ist zu Recht umstritten, welche glaubwürdigen zusätzlichen Optionen mit regionalen nuklearen Überlegenheiten verbunden sind.



Es kann in dieser Frage keine völlig eindeutigen und unumstrittenen Antworten geben, weil die Einschüchterungs- oder Abschreckungswirkung nuklearer Waffen aus einer Kombination von militärtechnologischen, militärstrategischen, politischen und psychologischen Erwägungen bestehen.

Die Antwort wird entscheidend dadurch beeinflusst, für wie glaubwürdig man flexible und selektive Nuklearkriegsdrohungen hält, das heißt ob und inwieweit man es für möglich hält, einen Nuklearkrieg politisch und militärisch zu kontrollieren.

Unabhängig von diesen militärischen Erwägungen steht aber politisch fest: In der gesamten Nachkriegsgeschichte haben die Bundesregierungen und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung auf Erpressungs- und Einschüchterungsversuche durch die Sowjetunion nicht mit Nachgiebigkeit, sondern mit wachsender Standfestigkeit und Bündnistreue reagiert. Dies wird auch in Zukunft so sein, unabhängig davon, ob Christdemokraten oder Sozialdemokraten den Bundeskanzler stellen. Deshalb beruht die These, die Bundesrepublik würde politisch durch die Sowjetunion erpreßbar, falls es nicht zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen käme, auf nicht bewiesenen, kaum beweisbaren und höchst zweifelhaften Voraussetzungen.

Die Pershing II soll ausschließlich in der Bundesrepublik stationiert werden. Solche Formen der militärischen Singularität tun der Bundesrepublik nicht gut. Hieraus ergibt sich das Interesse der SPD, insbesondere die Stationierung der Pershing II überflüssig zu machen. Es ist zu kritisieren, daß im neuen Vorschlag Präsident Reagans der Verzicht auf die Pershing II nicht ausdrücklich vorgesehen ist. Damit fällt dieser Vorschlag hinter die Gespräche zwischen Nitze und Kwizinski in Genf zurück.

Die Führung der SPD hat in den letzten Wochen intern und auch öffentlich gegenüber der Reagan-Administration deutlich gemacht:

Die SPD hält am optimalen Ziel als Ergebnis einer drastischen Reduzierung sowjetischer SS 20-Raketen, die Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen gänzlich überflüssig zu machen, fest. Aber die Mehrheit der SPD würde eine Einigung, die auf der Grundlage der "talks in the woods" beruht, akzeptieren.

Außenminister Genscher hat gegenüber der Deutschen Welle den Nitze-Kwizinski-Kompromißvorschlag positiv aufgegriffen. Dies wäre zu begrüßen gewesen, wenn er damit den Kompromißvorschlag in allen seinen Teilen gemeint hätte. Die nachfolgenden Dementis durch den Regierungssprecher und den Sprecher des Auswärtigen Amtes haben allerdings unterstrichen, daß Genscher keineswegs daran dachte, den Waffenmix von Pershing II und Cruise Missiles bei den Genfer Verhandlungen fallen zu lassen. Das heißt: Aufgrund der Erläuterungen der Regierungssprecher zum Interview Genschers wurde eindeutig geklärt, daß das Kernstück des Waldspazierganges - Verzicht auf die Pershing II Stationierung - nicht unterstützt wird. Dies aber war das wesentliche Zugeständnis der USA beim Kompromißvorschlag der beiden Genfer Unterhändler.

Wer nun diesen Bestandteil des Kompromißvorschlages in Frage stellt, stellt den Kompromißvorschlag insgesamt in Frage. Wenn Genscher sich trotzdem auf den Waldspaziergang beruft, ist dies eine Irreführung der deutschen Öffentlichkeit und ihm fehlt die rüstungskontrollpolitische Seriosität.

(-/19.7.1983/ks/ru)

+ + +



Die CSU hat ihren Knacks weg

Gewinner und Verlierer des denkwürdigen Parteitages in der Bayernhalle

Von Wolfgang Clement
Sprecher des SPD-Vorstandes

Der CSU-Parteitag, so haben wir soeben von den Satzungsexperten der Strauß-Partei erfahren, ist eigentlich noch gar nicht beendet. Man hat das sowohl im statuarischen als auch im politischen Sinne zu verstehen.

Formell erfordert die Beschlüßfähigkeit, in der der CSU-Parteitag am letzten Samstag auseinanderstob, eine Fortsetzung, und zwar zur Diskussion über einen kleinen Rest von Anträgen als auch über den Punkt "Verschiedenes", hinter dem sich für jeden Wissenden der Umgang des Parteivorsitzenden mit dem DDR-Kredit verbirgt, der das heimliche Hauptthema des Parteitages war, denn es stand für die Delegierten nicht zur Debatte, wiewohl es sie innerlich wie auch vor den Saaltüren am meisten bewegte.

Doch man geht kein Wettrisiko ein, wenn man annimmt, daß die Fortsetzung des Parteitages nicht stattfinden wird: Den genannten Satzungsexperten wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein Dreh einfallen, daß der Parteitag mit der Wahl des Parteivorsitzenden und des übrigen Vorstands, wenn auch nicht rechtlich, so doch "praktisch abgewickelt" gewesen sei. Und es gibt bekanntlich keine andere demokratische Partei, in der die "Macht des Faktischen" so übermächtig ist, daß sie das Recht - in diesem Fall der innerparteilichen Demokratie - nicht zur Nebensache zu degradieren vermöchte.

Es ist deshalb interessanter zu betrachten, wie das, was auf diesem Parteitag geschah, politisch weitergeht, will sagen: Wie es um Franz Josef Strauß steht, der ja in der Münchner Bayernhalle mit verdeckten Stimmkarten ein in der Geschichte seiner Karriere nie dagewesenes Mißtrauensvotum der eigenen Partei hat einstecken müssen, das noch deutlicher ausfiel als das bislang einmalige nach der "Spiegel"-Affäre.

Man hört heute zwei Vorschläge aus der CSU, die für sich sprechen: Generalsekretär Wiesheu denkt über eine Verringerung der Delegiertenzahlen von CSU-Parteitagen nach, womit nicht Strauß, sondern die Parteidelegierten die Quittung für ihr Verhalten kassieren würden. Und Wirtschaftsminister Jaumann - das ist einer derjenigen, die gegenüber dem "Münchner Merkur" in aller Ungeniertheit und Unverfrorenheit eine Eidesstattliche Versicherung über den Verlauf einer Kabinettsitzung abgaben, an der er gar nicht teilgenommen hatte - legt seinem Parteivorsitzenden nahe, noch mehr auf Disziplin in Partei und Kabinett zu achten. Das ist wiederum etwas, was den Delegierten in München nicht gerade am Herzen lag, denn ihr kritisches Votum gegen Strauß richtete sich sicher auch gegen dessen "Ein-Mann-Demokratie", ob mit oder ohne "Zügelhalter", wie Herr Jaumann sich sehr bildhaft aussprach.

An dieser Stelle wird allerdings deutlich, wie eine Partei nach Art der CSU funktioniert, freilich auf dem Parteitag nicht funktionierte: Diese Partei diskutiert öffentlich nicht oder nur wenig über politische Sachthemen, über bundespolitische Themen eh nicht. Auf diesem Feld hatte sie sich darein geschickt, die Direktiven des Parteivorsitzenden entgegenzunehmen, dem sie dafür einen weit überproportionalen bundespolitischen Einfluß verdankt.



Die politischen Streitfragen, die es in der CSU natürlich auch gibt, wurden und werden hingegen in der "Oberschicht" (Jaumann) der Partei ausgetragen, was durch ein über die Jahre erwachsenes System persönlicher Beziehungen und Abhängigkeiten und ein Geflecht politischer und materieller Dotationen begünstigt wird.

Dies bedeutet: Wer aus der "Oberschicht" sich mit der Linie des Vorsitzenden/Ministerpräsidenten generell oder im Einzelfall nicht abfinden will, ist mangels anderer Möglichkeiten darauf angewiesen, seinen Widerspruch geradezu mit geheimbündlerischen Mitteln zu artikulieren. Das führt wohl gelegentlich zu jenen bayerischen "Affären", die immer mal wieder eruptiv an die Öffentlichkeit gelangen, allerdings in den seltensten Fällen mit Aussicht auf Aufklärung.

Das Phänomen, mit dem die CSU-Führung und Strauß jetzt konfrontiert sind, ist, daß der CSU-Abgeordnete Handlos dieses über die Jahre funktionierende System mit seinem Durchmarsch an die Öffentlichkeit gesprengt hat (während ein Mann wie der Kultusminister Maier im Gefolge des Falles Handlos schon wieder mit den üblichen Methoden, zu denen bekanntlich auch die Informationen Außenstehender gehört, weiterarbeitete und deshalb für Strauß, zumal als ein führender Repräsentant des bayerischen Katholizismus, kaum angreifbar ist).

Handlos aber hat einen Stein losgetreten, der eine mittlere Lawine in Gang brachte, die über den in der Bayernhalle versammelten Parteitag herniederging: Strauß bekam dicke Brocken ab, während es einen seiner "Zügelhalter", Edmund Stoiber, so dicke traf, daß der ehemalige Generalsekretär eigentlich - also nach "normalen" Maßstäben innerparteilicher Demokratie - seine mit weniger als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen erfolgte "Berufung" in den Parteivorstand hätte ausschlagen müssen. (Daß Edmund Stoiber erst bei einer Zustimmung unter 40 Prozent zu einem solchen Schluß gekommen wäre, wie er sagt, macht ein weiteres Geheimnis der CSU-Gepflogenheiten aus!)

Die Frage ist nun, ob die Handlos-Lawine noch weiterrollt, oder ob sie von besagter "Oberschicht" der CSU jetzt gestoppt werden kann. Die Vermutung spricht unzweifelhaft für die zweite Annahme. Der Jaumann-Ruf nach mehr Disziplin ist in Wahrheit der Ruf nach Wiederherstellung des alten Führungsmusters. Allerdings: Dieses Muster hat jetzt seine Risse weg. Der Widerspruch kann sich darin jederzeit wieder einnisten. Das "Eine-Hand-wäscht-die-andere"-System der Führung und damit die eigentliche "Basis" der Führungsautorität von Strauß sind nicht mehr unangreifbar. Das macht die gravierende Veränderung und die deutliche Verunsicherung in der CSU-Spitze aus, die der Parteitag bewirkt hat.

Mit einer Veränderung politischer Grundlinien hat dies freilich nichts zu tun. Die Diskussion um den deutschlandpolitischen Zick-Zack-Kurs von Strauß und der Widerspruch gegen den DDR-Kredit haben vielmehr gezeigt, wie stark die Kräfte der Beharrung innerhalb der CSU sind. Davon profitiert vorderhand am meisten der Bundesinnenminister Zimmermann, der für seinen Bonner Kurs der innen- und namentlich rechtspolitischen Restauration eine Unterstützung seiner Partei erhielt, wie sie ihm noch nie zuteil wurde. Der FDP und ihrem Vorsitzenden war deshalb durchaus klar, warum sie sich nur hinter vorgehaltener Hand über den von der eigenen Partei ramponierten Ruf des CSU-Vorsitzenden freuen durfte: Zimmermann ist schon da! (-/19.7.1983/ks/va)

+ + +



Das G 10-Gesetz muß geändert werden

Bayerns Bürger werden immer noch im Dunkeln gelassen

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Sicherheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Bayern und
Mitglied der G 10-Kommission

Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich. So steht es im Artikel zehn des Grundgesetzes. Damit Einschränkungen dieses Grundrechts durch den Staat - etwa durch Überwachung des Posteingangs oder durch Abhören des Telefons - nicht über das erlaubte Maß hinausgehen oder gar unnötig angeordnet werden, gibt es im Bund und in allen Bundesländern sogenannte G 10-Kommissionen zur parlamentarischen Kontrolle aller Postüberwachungs- und Abhörmaßnahmen.

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion hat nun einen Gesetzentwurf vorgelegt, um auf parlamentarischem Wege die dringend notwendige Änderung des bayerischen G 10-Gesetzes zu erreichen. Bereits seit 13 Jahren steht diese Novellierung im Freistaat aus, die eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1970 erforderlich gemacht hat. Der Bundestag ist mit einer Gesetzesänderung im Jahre 1978 dieser höchstrichterlichen Entscheidung gerecht geworden, alle Bundesländer mit Ausnahme von Bayern und Niedersachsen zogen in der Zwischenzeit nach.

Im wesentlichen sind es drei Änderungen, die das Bundesverfassungsgerichts-Urteil notwendig gemacht hat, und die nun nach unserem Willen endlich im bayerischen G 10-Gesetz verankert werden müssen:

- o Der von einer Beschränkungsmaßnahme betroffene Bürger muß nachträglich von der Maßnahme verständigt werden, sobald dies möglich ist, ohne daß der Zweck der Abhör- beziehungsweise Postüberwachungsaktion gefährdet wird.
- o Die G 10-Kommission muß vor dem Vollzug einer jeden Beschränkungsmaßnahme unterrichtet werden.
- o Nur wenn "Gefahr im Verzuge" ist, kann der Vollzug der Maßnahme bereits vor der Unterrichtung der parlamentarischen G 10-Kommission angeordnet werden. Die Kommission ist dann unverzüglich nachträglich zu unterrichten.

Weitreichende Eingriffsmöglichkeiten des Staates in das Brief-, das Post- und das Fernmeldegeheimnis setzen eine wirksame und in der Regel vorbeugende parlamentarische Kontrolle voraus. In Übereinstimmung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes sind wir der Meinung, daß der betroffene Bürger im Nachhinein verständigt werden muß. Da der Bürger sich nicht selbst gegen solche Maßnahmen auf dem Rechtsweg wehren kann, weil er davon keine Kenntnis hat, muß die Nachprüfung solcher Maßnahmen, ja schon die Beurteilung ihrer Notwendigkeit durch das Parlament beziehungsweise die G 10-Kommission gesichert sein.

(-/19.7.1983/ks/va)

+ + +

